

## Menschenwürde auch im Sterben

Bei dem Vorhaben des Mönchengladbacher Künstlers Gregor Schneider, "einen Menschen auszustellen, der eines natürlichen Todes stirbt, oder jemanden, der gerade gestorben ist," handelt es sich wohl mehr um eine PR-Maßnahme zur Förderung des Bekanntheitsgrades des Künstlers selbst denn um das Ziel, einen "notwendigen Diskurs in Gang zu bringen" oder eine Frage zu stellen, die "eine Debatte wert" ist. Jeder, der sich öffentlich zu der Sache äußert, auch dieses Editorial, nimmt notgedrungen teil an der Publicityförderung des cleveren Herrn.

Dabei ist es so einfach: "Die Würde des Menschen ist unantastbar" (Art 1 GG). Es darf nicht sein, die Menschenwürde eines Sterbenden zu künstlerischen oder finanziellen Zwecken oder zur Steigerung eines persönlichen Bekanntheitsgrades zu instrumentalisieren - selbst wenn ein Sterbender dazu sein Einverständnis erklären würde. Ähnlich argumentieren wir beim Selbstmord und bei vergleichbaren ethischen Fragen.

Wir leben in einer Gesellschaft, die alle, aber auch alle ethischen Grenzen auslotet. Doch wer Menschenwürde im Sterben erleben will, gehe in eines der gottlob vielen christlichen Hospize und Zentren für Palliativmedizin im ganzen Land. Nicht wie zu einem Museumsbesuch am Sonntagnachmittag nach Kaffee und Kuchen. Sondern zu einem Gespräch mit den Menschen, die im Hospiz miteinander eine Lebenszeit in Würde verbringen: Patienten, Pflegende, Angehörige, ehrenamtliche Freiwillige. Kaum eine Vollversammlung des ZdK der letzten Jahre war so dicht und konzentriert wie während des Berichtes von Martina Kern vom Zentrum für Palliativmedizin, Malteser-Krankenhaus Bonn-Hardtberg, zu "Leben und Sterben in Würde". Der Vortrag ist nachzulesen und - noch besser - nachzuhören auf [www.zdk.de](http://www.zdk.de)

Stefan Vesper

14. Jg. Nr. 2 30. April 2008

## Inhalt

Die Kirchen, eine unbekannte kulturpolitische Macht Zu einem wichtigen Ergebnis der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" Olaf Zimmermann	2
Partnerschaftliche Unternehmensführung durch Mitarbeiterbeteiligung Stärkung der Zustimmung und der Bindungskraft Heinrich Beyer	4
Eigentümersverantwortung Eine höchstpersönliche Kategorie Marie Luise Dött	6
Kritik ja – Boykott nein Zur Diskussion um die Olympischen Spiele in China Michael Vesper	8
Einspruch Zu Norbert Walter: Der Arbeitsmarkt aus Sicht des Ökonomen Klaus Mertes	9
Dienst am Nächsten Confraternita di Misericordia Gabriele Brunini	11

## Die Kirchen, eine unbekannte kulturpolitische Macht

Zu einem wichtigen Ergebnis der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland"

*Nach vierjähriger Tätigkeit hat die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestages im Dezember des vergangenen Jahres ihren Schlussbericht dem Präsidenten des Deutschen Bundestages übergeben. Mit der Debatte im Deutschen Bundestag wurde am 13. Dezember 2007 die seit dreißig Jahren umfassendste Untersuchung des kulturellen Lebens in Deutschland der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Kommission legt mit dem Bericht einen Kulturkompass vor, der die Situation, die Probleme, aber auch die Chancen von Kultur und Kulturpolitik in Deutschland beschreibt. Die Arbeit mündet in über 400 Handlungsempfehlungen an die Gesetzgeber in Bund, Ländern und Kommunen sowie die Kulturschaffenden auf allen Ebenen. Eine der spezifischen Leistungen der Enquete-Kommission ist es, das Bewusstsein für die Kirchen als kulturpolitische Akteure geschärft zu haben.*

Als die Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" vor vier Jahren eingesetzt wurde, haben viele gedacht, der vor inzwischen über 30 Jahre aufgelegte "Künstlerreport" von Karla Fohrbeck und Andreas Joh. Wiesand – auch Künstlerenquete genannt – würde wiederholt werden. Jene, die meinen, der nunmehr vorliegende Abschlussbericht der Enquete-Kommission wäre so etwas Ähnliches wie ein Künstlerbericht und würde genau Auskunft über die soziale Lage von Künstlern geben, werden enttäuscht sein.

### *Gesamtbetrachtung des Kulturbereiches*

Der Abschlussbericht der Enquete-Kommission unterscheidet sich zunächst grundsätzlich vom Künstlerreport dadurch, dass es sich hier um eine echte Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags handelt mit einem konkreten Einsetzungs-

beschluss und damit Arbeitsauftrag sowie einem Arbeitsgremium, das aus Abgeordneten des Deutschen Bundestags und gleichberechtigten Sachverständigen zusammengesetzt ist. Es wurde also nicht wie seiner Zeit von einem Bundesministerium ein Forschungsinstitut beauftragt, sondern der Deutsche Bundestag setzte ein eigenes Arbeitsgremium ein.

Der Enquete-Bericht unterscheidet sich aber auch inhaltlich wesentlich vom Künstlerreport. Im Künstlerreport wurde ausschließlich die soziale und wirtschaftliche Lage der Künstler untersucht. Im Arbeitsauftrag der Enquete-Kommission war diese Fragestellung eine unter mehreren anderen. Die Aussagen zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Künstlerinnen und Künstler sind also eingebettet in eine Gesamtbetrachtung des Kulturbereiches in Deutschland. Das ist meines Erachtens die große Stärke dieses über 500 Seiten umfassenden Abschlussberichtes.

An die Mitglieder der Enquete-Kommission wurden sehr viele Einzelforderungen gerichtet und jede dieser Forderung ist aus der Sicht derjenigen, die sie erhoben haben, mehr als gerechtfertigt. Die Enquete-Kommission hatte aber nicht die Aufgabe, alle Wünsche aus dem Kulturbereich zu erfüllen, sie hatte vielmehr den Auftrag eine Bestandsaufnahme der Kultur in Deutschland zu leisten, Probleme zu beschreiben und konkrete Handlungsempfehlungen zu formulieren.

### *Ein unterschätztes Engagement*

Ein besonderes Augenmerk richtete die Enquete-Kommission dabei auf das Themenfeld Kultur und Kirche. Zu Beginn stießen die Hinweise des Kommissionsmitglieds Thomas Sternberg, den Beitrag der Kirchen zum kulturellen Leben stärker zu würdigen auf Erstaunen und Unverständnis. Die Dimension der kulturellen Engagements der Kirchen war den meisten Enquete-Mitgliedern nicht gegenwärtig. Auch ich selbst hatte, obwohl dem Deutschen Kulturrat auch konfessionelle Bundeskulturverbände angehören, das tatsächliche Engagement der Kirchen in diesem Bereich zunächst unterschätzt.

Dank der Beharrlichkeit von Thomas Sternberg vergab die Enquete-Kommission ein Gutachten zum Thema Kultur und Kirche und befasste sich

nach dessen Vorlage intensiv damit. Das Gutachten förderte zu Tage, dass die Kirchen die größten nicht-staatlichen organisierten Kulturförderer in Deutschland sind. Ihr finanzielles Engagement ist größer als das der Länder oder das der Kommunen und als das des Bundes ohnehin.

#### *Einer der wichtigsten Kunstförderer*

Doch über das finanzielle Engagement der Kirchen hinaus, sind sie ein gewichtiger, fast schon ein selbstverständlicher und vielleicht daher weniger beachteter Faktor des kulturellen Lebens in Deutschland. Zu denken ist an die kirchlichen Büchereien, die gerade im ländlichen Raum einen wesentlichen Teil der Literaturversorgung sicherstellen. Zu denken ist an Gesprächskreise zu kulturellen Fragen. Zu denken ist an die Vergabe von Aufträgen an Bildende Künstler. Im vergangenen Jahr hat die Weihe des Fensters von Gerhard Richter im Kölner Dom für viel Furore gesorgt. Die hitzige Debatte um das Fernbleiben von Kardinal Meisner und seine späteren Worte bei der Eröffnung des Neubaus des Kolumba-Museums in Köln haben fast überdeckt, dass die Kirchen nach wie vor zu den wichtigsten Kunstförderern in Deutschland zählen. Dass Künstler gerne in Kirchen arbeiten, belegen die von Markus Lüpertz gestalteten Kirchenfenster in Köln oder auch die von Neo Rauch im Naumberger Dom. In ihren Dom- und Schatzkammern bewahren die Kirchen Kulturgüter von unschätzbarem Wert auf. Neben künstlerisch besonders wertvollen Kulturgütern sind auch jene zu erwähnen, die unter kulturhistorischen Gesichtspunkten von Bedeutung sind. Weiter sei auf die Kirchenmusik hingewiesen, die jeden Sonntag im Gottesdienst und darüber hinaus in vielen Konzerten, dem Engagement von Laien und professionellen Kirchenmusikern sei Dank, erklingt. Nicht vergessen werden sollte, dass das Kirchengebäude eine wichtige Funktion in einem Ort einnimmt. Wenn man sieht, mit welchem Engagement Kirchen in Ostdeutschland instand gesetzt werden, obwohl nur ein kleiner Teil der Wohnbevölkerung einer der beiden christlichen Kirchen angehört, wird deutlich, welche Bedeutung die Kirchen für die Menschen vor Ort haben. Sie sind Kristallisationspunkte der Gemeinschaft und – für einige auch des Glaubens.

Der Deutsche Kulturrat hat in seiner Zeitung politik und kultur die Debatte um das kulturelle Engagement der Kirchen aufgenommen und diesem Thema in der Ausgabe 5/2006 einen Schwerpunkt gewidmet. Auch in den darauffolgenden Ausgaben wurde das Thema immer wieder aufgegriffen. Im November 2007 wurden alle Beiträge zu diesem Themenkomplex im Buch "Die Kirchen, die unbekannte kulturpolitische Macht", beziehbar beim Deutschen Kulturrat sowie über jede Buchhandlung, noch einmal veröffentlicht.

#### *Verpflichtung für die Kirchen*

Die spezifische Leistung der Enquete-Kommission ist es, das Bewusstsein für die Kirchen als kulturpolitischem Akteur geschärft zu haben. Darin liegt der Wert dieses Teils des Enquete-Berichts. Umgekehrt folgt daraus aber auch, dass die Kirchen ihr kulturelles Engagement ernst nehmen müssen und sich stärker als bisher in kulturpolitische Debatten einbringen sollten.

Die Reform der Künstlersozialversicherung sollte ein Thema für die Kirchen sein, denn es muss auch sie interessieren, ob Künstlerinnen und Künstler sozial abgesichert sind. Ebenso sollte die Reform des Urheberrechts von den Kirchen sorgfältig verfolgt werden, denn hier geht es darum, ob Künstlerinnen und Künstler einen ökonomischen Ertrag aus der Verwertung ihrer Werke ziehen können oder nicht. Ähnliches gilt für die Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, hier werden nicht nur die Rahmenbedingungen für das ehrenamtliche Engagement im Sozialbereich gestaltet, sondern genauso im Kulturbereich.

Es wäre gut, wenn sich die Kirchen künftig stärker in kulturpolitische Debatten einmischen würden.

*Olaf Zimmermann, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates, Sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission "Kultur in Deutschland" des Deutschen Bundestages*

(Der Schlussbericht ist in Form einer Bundestagsdrucksache bei der Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH unter [parlament@bundesanzeiger.de](mailto:parlament@bundesanzeiger.de) (19,60 Euro inklusive Versandkosten) sowie bei der Bundeszentrale für politische Bildung zu beziehen. Beim ConBrio-Verlag kann der Bericht in Buchform angefordert werden.)

## Partnerschaftliche Unternehmensführung durch Mitarbeiterbeteiligung

Stärkung der Zustimmung und der Bindungskraft

*Die Wahrnehmung des wirtschaftlichen Geschehens sowie der Verantwortlichen in Wirtschaft und Gesellschaft durch Bürger und Arbeitnehmer ist trotz wirtschaftlichen Wachstums und steigender Beschäftigtenzahlen aufgrund von Skandalen und Fehlentwicklungen deutlich negativ. Stichworte dazu sind: Managergehälter, Korruption, Steuerhinterziehung, Entlassungen von Arbeitnehmern trotz hoher Gewinne, stagnierende Einkommen aus unselbständiger Arbeit, zunehmend ungleiche Verteilung von Vermögen. Dies führt zu einer kritischen Distanz zwischen Bürgern und Wirtschaft, Unternehmertum und soziale Marktwirtschaft haben Zustimmung und Bindungskraft verloren. Kann Mitarbeiterbeteiligung dazu beitragen, die Zustimmung der Menschen zur sozialen Marktwirtschaft, zu den Unternehmen und den Verantwortlichen zu erhöhen?*

Bei der Beurteilung dieser Frage ist zunächst zu klären, welche Themen, Ziele und Sachverhalte mit dem Begriff Mitarbeiterbeteiligung eigentlich gemeint sind.

### *Einkommenszuwachs*

Ausgelöst von Bundespräsident Köhler und Kanzlerin Merkel haben wir seit mehr als zwei Jahren eine intensive politische Diskussion um die Mitarbeiterbeteiligung. Bei beiden Aussagen handelte es sich zunächst um eine politische Forderung mit wirtschaftspolitischer oder gesellschaftspolitischer Zielsetzung: Angesichts stagnierender Löhne und Gehälter und drastischer Wertsteigerung des Aktienkapitals droht die Einkommensschere zwischen den Beziehern von Einkommen aus nicht-selbständiger Arbeit und den Beziehern von Kapitaleinkünften immer weiter auseinander zu gehen. Vor diesem Hintergrund wird gefordert,

dass breitere Bevölkerungskreise als bislang an der Steigerung der gesellschaftlichen Wohlfahrt beteiligt werden sollten, was letztlich die Zustimmung zur sozialen Marktwirtschaft und den sozialen oder gesellschaftlichen Konsens erhöhen soll.

### *Altersvorsorge*

Da eine weitergehende Beteiligung am Produktivkapital auch die Vermögensbildung der Mitarbeiter nachhaltig stärken kann, wurde im Verlauf der Diskussion ein weiterer Gesichtspunkt der Mitarbeiterbeteiligung thematisiert; nämlich die mögliche Ergänzung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge durch Beteiligungskapital der Mitarbeiter. Dies ist auch naheliegend, zumal das Prinzip der nachgelagerten Besteuerung von Beiträgen zur Kapitalbeteiligung, das von vielen als Kernstück einer Neuregelung angesehen wird, auch schon für Beiträge zur betrieblichen Altersvorsorge und – mit gewissen Abwandlungen – auch für die private Riester-Rente gilt.

### *Wirtschaftsförderung*

Dies ist noch nicht alles: Mitarbeiterbeteiligung ist vielmehr auch oder in erster Linie ein seit vielen Jahrzehnten etabliertes unternehmerisches Führungskonzept: mit einer personalwirtschaftlichen Dimension als Partnerschaftliche Unternehmensführung und einer finanzwirtschaftlichen Dimension als Erfolgs- und Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter. Eine bessere steuerliche Behandlung von Beteiligungskapital kann die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen stärken. Dann nämlich, wenn sich aufgrund der steuerlichen Vorteile sehr viel mehr Unternehmen als bislang mit dem Gedanken und dem Konzept der Mitarbeiterbeteiligung auseinandersetzen. Von daher liegt es dann auch nahe, Mitarbeiterbeteiligung zusätzlich unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftsförderung bzw. der Mittelstandsförderung zu sehen.

### *Verständigung über Ziele*

Wenn von Mitarbeiterbeteiligung die Rede ist, so können damit also durchaus unterschiedliche Betrachtungsweisen und Zielvorstellungen verbunden sein. Die Diskussion um das Für und Wider der Mitarbeiterbeteiligung leidet nun insbesondere daran, dass eine einheitliche Definition des Begriffes und der Ziele bislang nicht vorliegt. Die Unternehmen, die Mitarbeiter, aber auch die Politik, die

Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften verbinden mit dem Konzept der Mitarbeiterbeteiligungen jeweils sehr unterschiedliche Zielsetzungen, die sich zum Teil sogar widersprechen. Sowohl für die unternehmerische als auch wirtschaftspolitische Diskussion um die Mitarbeiterbeteiligung gilt daher: Am Anfang steht die Verständigung darüber, was unter Mitarbeiterbeteiligung verstanden und welche Zielsetzungen erreicht werden sollen.

### *Unternehmensführung*

Für die Unternehmen, die entsprechende Beteiligungsmodelle praktizieren, ist Mitarbeiterbeteiligung zunächst einmal ein wesentliches Merkmal oder Prinzip einer bestimmten Form der Unternehmensführung: der "Partnerschaftlichen Unternehmensführung". Sie setzt auf die Beteiligung und das Engagement der Mitarbeiter, wenn es darum geht, die wirtschaftlichen Ziele des Unternehmens zu erreichen. Dass das Engagement der Mitarbeiter eines der größten unternehmerischen Potentiale darstellt, zeigen die in regelmäßigen Abständen durchgeführten Umfragen des Gallup-Instituts zur Einsatzbereitschaft der Mitarbeiter im Unternehmen: Demnach arbeiteten in 2006 nur 13 Prozent engagiert, rund 68 Prozent der Arbeitnehmer leisteten allenfalls "Dienst nach Vorschrift" und 19 Prozent haben sogar bereits innerlich gekündigt.

Im krassen Gegensatz dazu steht aber das starke Engagement derselben Menschen in ihrer Freizeit: Rund 23 Millionen Deutsche über 14 Jahren sind ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden und sozialen Institutionen für gemeinnützige Zwecke tätig, die sie erst durch ihr engagiertes Tun erfolgreich machen. Aus diesem ehrenamtlichen Engagement spricht das tiefe Bedürfnis zur Mitgestaltung und zur Teilhabe am Geschehen in Unternehmen und Gesellschaft.

Partnerschaftliche Unternehmensführung durch Mitarbeiterbeteiligung beruht auf engagierten Mitarbeitern, die sich im Rahmen ihres Aufgabebereiches aktiv in das betriebliche Geschehen einbringen können, die vertrauensvoll und "auf Augenhöhe" mit der Unternehmensleitung kooperieren, und die dann – folgerichtig – am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg partizipieren.

Neben der Partnerschaftlichen Führung ist die "materielle" Mitarbeiterbeteiligung – also die Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Arbeitnehmer – ein weiterer Baustein des unternehmerischen Führungskonzepts Mitarbeiterbeteiligung. Hier liegen eindeutige empirische Befunde dafür vor, dass entsprechende Modelle, die in der betrieblichen Praxis zum Teil ja schon seit Jahrzehnten erfolgreich angewendet werden, wesentlich zur Stärkung der Kapitalstruktur, zur Verbesserung von Liquidität und Bonität sowie zur Flexibilisierung der Personalkosten beitragen können.

Wo liegen die Vorteile von mehr Mitarbeiterbeteiligung wenn es darum geht, die Zustimmung der Bürger und Beschäftigten zu den Unternehmen, den Unternehmern und der sozialen Marktwirtschaft insgesamt zu verbessern? Wesentliche Bausteine einer partnerschaftlichen Unternehmensführung sind auf Dialog und Partizipation angelegte Management- und Führungsinstrumente: Informations- und Kommunikationsprozesse, Zielvereinbarungen, Transparenz, beteiligungsoffenen Veränderungsprozesse, flexible Vergütung u.v.m.

Derart geführte Unternehmen verfügen über ein deutlich höheres Maß an Zustimmung, Mitarbeitermotivation und Bindungskraft, was letztlich auch positive Auswirkungen auf die ökonomische Performance des Unternehmens – also auf die "harten" betriebswirtschaftlichen Faktoren – hat.

Wenn heute also darüber geklagt wird, dass die Menschen die wirtschaftlichen Mechanismen nicht mehr durchschauen, dass die Ökonomisierung mittlerweile alle Lebensbereiche umfasst und dass die Unternehmen ihrer sozialen Verantwortung nicht gerecht werden usw., dann kann das Prinzip der "Partnerschaftlichkeit", das in vielen Unternehmen genau diejenige Zustimmung bewirkt, die der Wirtschaftsordnung und der Unternehmerschaft insgesamt fehlt, eine Orientierung bezüglich der aktuellen Aufgaben geben, denen sich die Verantwortlichen in Unternehmen, Wirtschaft und Politik stellen müssen. Dazu zählt vor allem auch, dass Vorstellungen von Gegenmacht oder Gegnerschaft im Unternehmen zugunsten einer Perspektive gemeinsamen Wirtschaftens und Beteiligung am gemeinsam erwirtschafteten Erfolg aufgegeben werden.

*Dr. Heinrich Beyer, Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.*

## Eigentümergeverantwortung

Eine höchstpersönliche Kategorie

*"Die Banken sammeln Kapital in Gestalt von Giro- und Sparkonten, festverzinslichen Wertpapieren oder Rentenfonds... Kein Sparer weiß letztlich, was mit seinem Geld geschieht... Vielleicht klebt an manchem Zins, den man von der Bank für das Sparkonto erhält, Blut, Gewalt, Ausbeutung, Bestechung oder schreiende Ungerechtigkeit. Immerhin kann man bei Aktienanlagen eher steuern und übersehen, wem man sein Geld gibt und für was es investiert wird. Eine Aktienanlage ist zielgerichteter als eine allgemeine Sparanlage."*

Auf einer gemeinsamen Fachtagung von Bund Katholischer Unternehmer (BKU) und ZdK hat der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, den Finger in diese offene Wunde der Sozialen Marktwirtschaft gelegt.

Seinen Ausführungen kann ich nur zustimmen und möchte es mit meinen Worten so ausdrücken: Das oft kritisierte "anonyme Finanzkapital" entsteht dadurch, dass die vielen Millionen Privatanleger und Kleinsparer ihre Eigentümergeverantwortung am Bankschalter abgeben und sich kaum dafür interessieren, was mit dem von ihnen bei Banken, Investmentfonds und Lebensversicherungen angelegten Geld passiert. Die Privatanleger und Kleinsparer aber, müssen ihrer Eigentümergeverantwortung stärker gerecht werden. Sie sollten Informationen nachfragen, nach welchen - auch ethischen - Kriterien ihr Geld angelegt wird.

*Eigentum verpflichtet – auch den Anleger!*

Beim mittelständischen, eigentümergeführten Unternehmen ist die Verantwortungszuordnung klar. Das Unternehmen gehört einem Unternehmer oder den Mitgliedern einer Familie. Die Mitarbeiter, Kunden und die Menschen im lokalen und gesellschaftlichen Umfeld kennen die Eigentümer persönlich, Verantwortung ist individuell zu rechnenbar. Bei großen Kapitalgesellschaften ist dies komplizierter. Wem ist der Vorstand einer

Aktiengesellschaft verantwortlich? Dem Aufsichtsrat! Wem ist der Aufsichtsrat verantwortlich? Der Aktionärsversammlung! Wer bildet die Mehrheit in der Aktionärsversammlung? In der Regel institutionelle Investoren, also die Banken, Investmentfonds und Versicherungen, die das Geld von Millionen Privatanlegern und Kleinsparern verwalten.

Der Vorstand erhält vom Aufsichtsrat strikte Vorgaben, vor allem auch bezüglich der finanziellen Rendite. Ein Großteil der Vorstandsbezüge hängt von der Erfüllung dieser Vorgaben ab. Selbst wenn sie wollten, die angestellten Vorstände können keine Geschäftspolitik gegen den Aufsichtsrat machen. Der Aufsichtsrat bestimmt die Richtlinien der Geschäftspolitik.

Die Aufsichtsräte wiederum werden von der Mehrheit der Aktionärsversammlung gewählt und haben den Auftrag, auf die Umsetzung der Erwartungen der Investoren zu achten. Ihnen sind sie Rechenschaft schuldig. Wer aber beauftragt die institutionellen Investoren? Wem sind diese Rechenschaft schuldig? Die Antwort ist eindeutig: den Eigentümern des Geldes! Und diese sind eben die Millionen von Privatanlegern und Kleinsparern. Wer aber von diesen interessiert sich wirklich für mehr als den Prozentsatz, der als Zins ausbezahlt wird? Wer besteht darauf, die – auch ethischen – Anlagekriterien schriftlich ausgehändigt zu bekommen? Wer ist so konsequent und wechselt die Bank oder die Versicherung, wenn er mit ihrem Informationsverhalten nicht zufrieden ist oder andere Vorstellungen von den ethischen Kriterien oder ihrer Umsetzung hat?

*Verantwortung, eine höchstpersönliche Kategorie*

Verantwortung, auch Eigentümergeverantwortung ist eine höchstpersönliche Kategorie. Aus diesem Grunde hatte Walter Eucken, einer der großen Freiburger Vordenker der Sozialen Marktwirtschaft, immer wieder gegen das Depotstimmrecht der Banken gewettert und kritisiert, dass die Privatanleger ihre Eigentümergeverantwortung an die "Hochfinanz" abtreten.

Wer das "anonyme internationale Finanzkapital" kritisiert und beklagt, dass sich ein internationales Kartell von Investmentbankern herausgebildet hat und diese über ihre hohen Gehälter einen Großteil

der globalen Wertschöpfung "abschöpfen", der sollte sich fragen: Habe ich diese Zusammenballung privatwirtschaftlicher Macht nicht erst dadurch ermöglicht, dass ich meine Eigentümerversantwortung an diese Investmentmanager abgetreten habe? Wer sich darüber empört, dass Aktienkurse steigen wenn Entlassungen angekündigt werden, der sollte nicht nur auf die Vorstände einprägen, die nur die Vorgaben der Aufsichtsräte und der institutionellen Investoren umsetzen, sondern sich fragen: Habe ich nicht durch die Geldanlage bei "meiner" Bank, Versicherung oder Fondsgesellschaft im wahrsten Sinne des Wortes "Anteil" an solchen Entscheidungen?

Es ist richtig, ethische Anlagekriterien zu formulieren und der christliche Dreiklang von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung ist hierfür eine gute Grundlage. Aber wenn "Ethik" die Lehre vom "guten Handeln" ist, dann muss zu diesen Kriterien auch eine Strategie hinzutreten, wie "gutes Handeln" auch "gute Wirkungen" erzielt. Moralische Appelle nützen erfahrungsgemäß wenig.

In der Sozialen Marktwirtschaft mit einer effektiven Wettbewerbsordnung liegt die Souveränität über das Marktgeschehen bei den Kunden. Durch ihr Nachfrageverhalten können sie die Unternehmen zwingen, andere Güter oder Dienstleistungen auf den Markt zu bringen. Das gilt auch für die Finanzmärkte. Fragen immer mehr Anleger nach ethischen Anlagekriterien, so erhalten die Finanzdienstleister einen Anreiz, ihre Anlagekriterien und -entscheidungen transparent zu machen. Im Wettbewerb haben dann die einen Vorteil, die dem Informationsbedürfnis der Anleger am besten nachkommen und die ethischen Werturteile ihrer Kunden am besten berücksichtigen.

#### *Für mehr "Bürgerkapital"*

Ludwig Erhard hat das gesellschaftspolitische Ziel der Sozialen Marktwirtschaft als eine "Gesellschaft von Teilhabern" bezeichnet und sich immer sehr für die Mitarbeiterkapitalbeteiligung engagiert, - eine alte Forderung der Katholischen Soziallehre. Sie ist in Zeiten der Globalisierung aktueller denn je. Kann es nicht sinnvoller sein, dass Mitarbeiter mittelständischer Unternehmen sich

mit einem Teil ihres Lohnes am Kapital ihrer Unternehmer beteiligen und somit auch unmittelbar und höchstpersönlich Eigentümerversantwortung zu übernehmen, als Geld in einen anonymen Sparplan zu stecken und nicht zu wissen, ob das Geld vielleicht in die Aktien eines ausländischen Konkurrenten des eigenen Betriebes investiert wird und dadurch der Ast angesägt wird, auf dem man selber sitzt? Es fehlt darüber hinaus an Möglichkeiten, dass das von Millionen von Privatanlegern und Kleinsparern anzulegende Geld zu "Bürgerkapital" wird, mit dem sich die Bürger unseres Landes an den vor allem mittelständischen Unternehmen beteiligen und stärker ihre Eigentümerversantwortung höchstpersönlich wahrnehmen.

#### *Eigentum verpflichtet – auch die Kirche!*

Die Kirche hat bei ihrer Vermögensanlage eine besondere Verantwortung! Sie ist nicht nur ein wichtiger Kunde am Finanzdienstleistungsmarkt sondern auch eine Institution mit moralischer Autorität. Nach meiner Wahrnehmung lag allerdings in der Kirche traditionell der Akzent auf der ethischen Verwendung der finanziellen Rendite. Die Meinung, Rendite sei bereits dadurch ethisch gut, dass sie für kirchliche Zwecke verwendet werde, scheint mit noch weit verbreitet. Besonders die Globalisierungsdebatte aber bringt die Erkenntnis, dass stärker darauf zu achten ist, wie die Rendite entsteht. Dieser Meinungswandel wird durch die weitere Erkenntnis gestützt, dass sich inzwischen die Anlagemöglichkeiten erweitert haben und nicht unbedingt ein Zielkonflikt zwischen finanzieller und ethisch-sozial-ökologischer Rendite besteht. Mit ethischen Investments sind marktfähige Renditen erzielbar.

Gleiches gilt auch immer stärker für den vermeintlichen Zielkonflikt von Rendite und Risiko. Entsprechend der Vorschriften des Kirchenrechts, ist das Vermögen der Kirche eher konservativ anzulegen. Wenn Erzbischof Zollitsch aber Recht hat, dass die Anlage in Aktien "zielgerichteter als eine allgemeine Spareinlage" ist, müssen dann nicht die kirchlichen Anlagerichtlinien, die auf Mündelsicherheit der Anlage abzielen, überdacht werden?

*Marie-Luise Dött MdB, Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU)*

## Kritik ja – Boykott nein

Zur Diskussion um die Olympischen Spiele in China

*Die Aufstände in Tibet haben die Diskussion um Sport und Menschenrechte neu angefacht. Auch der Katholikentag in Osnabrück wird hierüber diskutieren.*

Der Sport findet im politischen Raum statt, und natürlich basiert die Arbeit des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) auf Werte-Grundentscheidungen. Wir fühlen uns im Rahmen unseres politischen Engagements den Menschenrechten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen verpflichtet.

Lange bevor die aktuelle hitzige Debatte über die Tibet-Frage aufkam, hat sich der DOSB daher mit dem politischen Umfeld der Olympischen Spiele in Peking eingehend befasst und bereits im Mai 2007 dazu eine Erklärung veröffentlicht. Darin erinnern wir an die Hoffnungen und Versprechungen, die mit der Entscheidung für Peking im Sommer 2001 verknüpft wurden. So hatte der Vizepräsident des Bewerbungskomitees ausgeführt: "Indem Sie Peking gestatten, die Spiele auszutragen, helfen Sie der Entwicklung der Menschenrechte." Die olympische Idee Pierre de Coubertins, nach der sich "die Freude an der Leistung mit dem erzieherischen Wert des guten Beispiels und dem Respekt vor universalen und fundamentalen ethischen Prinzipien" verbinden soll, führt unweigerlich zu dem Auftrag, die Zusammenhänge zwischen Sport und Ethik zu beachten.

### Forderungen

Uns ist bewusst, dass die Menschenrechtssituation in China trotz feststellbarer Verbesserungen in den letzten Jahren nach wie vor nicht zufriedenstellend ist. Dabei stehen vor allem die Abschaffung der Todesstrafe, die Ächtung jeder Art von Folter, eine Amnestie für politische Gefangene aus Anlass der Spiele, die faire Entschädigung solcher Chinesen, die im Zuge der umfangreichen Bauvorhaben enteignet wurden, und die vollständige Bewegungsfreiheit aller Journalisten auf der Agenda.

Allerdings erleben wir gerade in den letzten Wochen, dass an den Sport Erwartungen geknüpft und Anforderungen gestellt werden, mit denen er

überfordert ist. Was Legionen von Staatsmännern nicht geschafft haben, soll der Sport plötzlich richten: die sofortige Durchsetzung der Menschenrechte in China und die Lösung der Tibet-Frage.

Ein Boykott hülfe nicht weiter. Er brächte weder den Menschenrechtsaktivisten in China noch den Tibetern etwas, im Gegenteil: Er würde China in die Isolation zurücktreiben und damit eine Politik des "Wandels durch Annäherung" nahezu unmöglich machen. Dies zeigt auch die historische Erfahrung mit den Moskauer Spielen von 1980.

### Chancen nutzen

Etliche Länder, in denen die insgesamt 205 Nationalen Olympischen Komitees arbeiten, liegen miteinander im Streit oder gar im Krieg. Die Olympischen Spiele geben jungen Menschen aus diesen Ländern die Chance, einander kennenzulernen und zu verstehen.

Wenn ein Boykott "sinnlos und schädlich" (Helmut Schmidt) ist, dann gilt das auch für die Drohung mit demselben. Es ist bestenfalls naiv zu glauben, dass China sich durch eine Boykottandrohung in eine bestimmte Richtung zwingen lassen würde. Wahrscheinlicher ist das Gegenteil: dass die Fronten weiter verhärten und die Verletzung von Menschenrechten eher schlimmer würde.

Wer gegen einen Boykott oder eine Boykottandrohung ist (und das ist neben Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesaußenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier eben nach wie vor auch der Dalai Lama), der blendet damit keineswegs Kritik an der Menschenrechtssituation in China aus. Wie gesagt: Der DOSB hat hierzu seine Meinung laut und deutlich geäußert, und er wird das auch weiterhin tun. Aber er wird auch eine Mannschaft nach Peking entsenden – eine Mannschaft von mündigen Athleten, die ihre Meinung zu der politischen Lage außerhalb der Wettkampfstätten offen sagen können. Dies und die Anwesenheit von 25.000 Journalisten aus aller Welt, die frei über die Spiele, aber auch über deren Umfeld berichten können, wird China verändern. Mit den Olympischen Spielen wächst die Chance, dass es zu Verbesserungen der Menschenrechtssituation in China kommt – und diese Chance sollten alle Beteiligten nutzen.

*Dr. Michael Vesper, Generaldirektor des Deutschen Olympischen Sportbundes*

## Einspruch

Zu Norbert Walter: Der Arbeitsmarkt aus Sicht des Ökonomen

*Als Schulmann fordert mich der Text von Norbert Walter in den SALZKÖRNERN vom 15.2.2008 heraus. Der Autor äußert sich darin "aus der Sicht des Ökonomen" zu den Risiken des Arbeitsmarktes anlässlich des ZdK-Papiers "Mut zur Zukunft." Er wiederholt aus eben dieser Sicht die Forderung nach einem "früheren Start der Jungen in das Berufsleben".*

Die jungen Menschen "sind gefordert eine möglichst gute Qualifikation zu erwerben, ohne dafür so lange Zeit aufwenden zu können, wie es bisher üblich war." Sie sollen "möglichst früh Arbeitserfahrungen durch Praktika in Betrieben erwerben und ihren Horizont durch Auslandsaufenthalte erweitern." All dies soll sich "im Bildungssystem widerspiegeln, wo eine Verkürzung der Erstausbildung zur Recht eingeleitet ist." Kurz gesagt: Die jungen Menschen sollen schneller besser werden. Das fordert der Arbeitsmarkt. Die Schule muss sich darauf einstellen. Punkt.

Walter sieht Bildung ausschließlich von den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes her. Was dies in den letzten Jahren in den Schulen und im deutschen Bildungssystem angerichtet hat, erleben zur Zeit Schüler, Eltern und Lehrer in allen Schultypen – übrigens auch in den berufsbildenden Schulen. Kritische Kommentare über das in der Schulpolitik angerichtete Chaos brauchen hier nicht wiederholt zu werden. Walter ignoriert sie ja im übrigen vollständig in seinem Text. Der Machtanspruch der "ökonomischen Perspektive" wird durch die komplette Ignoranz gegenüber anderen Perspektiven auf Bildung besonders deutlich.

### *Prinzip "Sabbat"*

Diese Perspektive steht jedenfalls im Widerspruch zu den Thesen, die seitens der Bildungsabteilung der deutschen Bischofskonferenz auf dem "Tempi-Kongress" 2001 in Berlin programmatisch formuliert wurden. Es wäre gut, das Hauptreferat

von P. Leo O'Donovan SJ noch einmal nachzulesen. Der "Sabbat" wurde dort zum unterscheidenden Prinzip der Schul- und Bildungskonzeption erhoben. Völlig zu recht. Bildung lebt zunächst einmal davon, dass sie sich den Zwecken der Ökonomie entzieht beziehungsweise diese hinter sich an die zweite Stelle verweist. Selbst wenn der Sabbat im Ergebnis auch ökonomisch einen Sinn machen würde, so liegt der Grund für das Arbeitsverbot am Sabbath doch nicht in seinem ökonomischen Nutzen, sondern darin, dass er Zeit-Räume eröffnet, die nicht unter dem Zugriff ökonomischer Interessen stehen.

Bildung entsteht in Freiheit. Das ist die Schlussfolgerung aus der Sabbat-Perspektive auf Bildung. Gebildet ist, wer in Freiheit erkennen und urteilen kann. Das hat überhaupt nichts mit laissez-faire-Pädagogik zu tun, sondern ist ein anspruchsvoller, methodisch strenger und entbehrungsreicher Prozess. Die jungen Menschen sollen in der Schule nicht schneller besser werden, sondern sie sollen in der Schule und durch die Schule freier werden – frei zum selbst-denken, frei von Anpassungszwängen, Karriere- und Nutzendenken, von gesellschaftlichem Druck aller Art, frei und somit fähig Verantwortung zu übernehmen für andere Menschen und für das Gemeinwohl. Schuldisziplin, Curricula und didaktische Methodik stehen im Dienste dieses Prozesses.

### *Würde des Lehrberufs*

Aus diesem Grunde sind Lehrer und Lehrerinnen keine Dienstleister, die in der Schule auf den Arbeitsmarkt hin ausbilden, ebenso wenig wie Eltern, Schüler oder Wirtschaft Kunden der Schule sind. Die Würde des Lehrberufs besteht gerade darin, dass er dem Bildungs- und Erkenntnisprozess des Schülers dient, der vor allem im Unterricht stattfinden soll – statt bloß auf Tests vorzubereiten und vorgegebene Lernstoffe durchzupeitschen. Lehrer dienen der Menschenwürde der Schüler und Schülerinnen auch dadurch, dass sie diese gegen Entwürdigung durch andere und gegen Selbstentwürdigung durch Resignation, Fatalismus und Gewalt schützen. Kein Lehrer schafft es, bloß Organisator von Unterricht zu sein; er oder sie ist immer auch

– positiv oder negativ – Vorbild und Erzieher. Als solche müssen Lehrer und Lehrerinnen grundsätzlich immer mehr geben, als jemals bezahlt werden könnte. Das macht die transökonomische Würde des Lehrberufs aus.

### *Widersprüchliche Forderungen*

Bildung ist nicht Ausbildung. Gegenwärtig beteiligt sich die Wirtschaft an der Strangulierung der Schule durch widersprüchliche Forderungen: Einerseits fordert sie kategorisch "schneller", also Zeitverkürzung auf allen Ebenen, Zeitsparen durch Beschleunigung; andererseits fordert die "besser" und meint damit bessere Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt – bessere Ausbildung eben: Volks- und Betriebswirtschaft als Schulfach, Vernetzung von Schule und Betrieben, Betriebspraktika und Projekte, in denen die Schüler früh lernen können, wie man sich auf dem Markt schlau durchsetzt. Dies alles ist natürlich nur realisierbar auf Kosten von anderen Inhalten, die mit Gewissensbildung (Besinnungstage, Compassion), ästhetischer Kompetenz (Musik, Kunst, Theaterspiel) und sozialem Lernen (Fahrten, Kommunikationstraining) zu tun haben. Das wird schweigend in Kauf genommen. Im Hintergrund schwingt die Drohung mit, dass die jungen Menschen schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben, wenn sich Schule nicht im genannten Sinne auf die Zwänge des Arbeitsmarktes einstellt. Die Drohung ist in den letzten Jahren deutlich angekommen und internalisiert worden: Immer mehr Eltern haben tatsächlich Angst, dass die Schule ihre Kindern nicht genügend auf das berufliche Leben vorbereitet.

### *Notwendige Investitionen*

Zum zynischen Umgang mit Schule in den letzten Jahre gehört, dass die Politik sich den Forderungen der Wirtschaft in Bezug auf die Schule gebeugt hat, die Wirtschaft aber zugleich nichts dafür gibt, dass diese Forderungen auch konkret vor Ort umgesetzt werden können. Die Kosten werden dem Staat zugewiesen. Dessen Kassen sind leer. Also reformiert die Politik Schule, ohne entsprechend zu investieren. Man darf sich an dieser Stelle nicht täuschen lassen von den vielen bil-

dungspolitischen Aktivitäten, die in den letzten Jahren von wirtschaftlicher Seite her insbesondere durch die entsprechenden Stiftungen mit großem publizistischen Aufwand betrieben wurden. Fast alle diese Aktivitäten beanspruchen zu beraten, schreiben Wettbewerbe aus, präsentieren den Schulen eigene, oft sehr aufwändige Projekte, und nutzen zugleich Schule für die eigene Selbstdarstellung vor den Schülern und in der Öffentlichkeit. Manche gute Ansätze sind dabei. Eines tun diese "zivilgesellschaftlichen" Initiativen aber nicht: Den Schulen da helfen, wo es wirklich mangelt, nämlich bei Raum und bei Personal mit Zeit. Hier stünden die großen Investitionen an, die notwendig sind um umzusetzen, was die Politik unter dem Druck der Beschleunigungsrethorik der letzten Jahre beschlossen hat. Doch an dieser Stelle werden Schule, Schüler und Eltern allein gelassen.

Walter schreibt: "Sich den gestiegenen Anforderungen zu stellen erfordert von jungen Menschen ein hohes Maß an Mut, Risikobereitschaft und Flexibilität." Schon möglich. Aber mit Signalen an die Schule, wie Walter und andere sie aussenden, erreichen sie nur das Gegenteil: Angepasste, ängstliche Menschen, die möglichst schnell besser werden wollen.

*Pater Klaus Mertes SJ, Rektor des Canisius-Kollegs, Berlin, Mitglied des ZdK*

Aus der These 10 zum "Tempi-Kongress":

Die Forderung nach einer Reform des Ausbildungssystems für die neuen Bedürfnisse des sich wandelnden Beschäftigungssystems ist legitim. ... Die Wirtschaft ist die funktionale Basis unseres Lebens, aber sie ist nicht das ganze Leben. Daher dürfen Ziele und Inhalte der Bildung nicht allein nach Nützlichkeitskriterien für die Wirtschaft bestimmt werden. In der Schule darf es keinen Verdrängungskampf der "harten" gegen die "weichen" Fächer geben, noch immer haben sich diese angeblich weichen Fächer als die bestandskräftigsten in der Bildungsgeschichte erwiesen.

[http://www.dbk.de/imperia/md/content/pressemitteilungen/tempi\\_thesen.pdf](http://www.dbk.de/imperia/md/content/pressemitteilungen/tempi_thesen.pdf)

## Seit mehr als 750 Jahren im Dienst am Nächsten

Confraternita di Misericordia

*Charakteristisch für den gelebten christlichen Glauben ist die untrennbare Verknüpfung von Zuwendung zu Nächsten (Diakonia), Verkündigung des Glaubens (Martyria) sowie Gebet und Feier der Sakramente (Liturgia). Besonders in der Zuwendung zum Nächsten haben sich früh organisierte Formen des Freiwilligendienstes entwickelt. Zu den ältesten, heute noch aktiven Organisationen gehören die italienischen Barmherzigen Brüder. Ein Musterbeispiel für eine vornehmlich von Laien getragene Initiative, die in Selbstorganisation auf konkrete Nöte antwortet.*

FT: Die erste Bruderschaft entstand gemäß der Überlieferung vor über 750 Jahren durch das Wirken des Heiligen Pietro von Verona 1244 in Florenz. Hier verbanden sich einfache Bürger jeder Gesellschaftsschicht und jeden Alters, um "Gott durch barmherzige Werke der Nächstenliebe zu ehren"; dies alles in absoluter Anonymität und vollkommener Unentgeltlichkeit.

### Wurzeln

Die fromme Überlieferung berichtet uns von einem Verladearbeiter des Wollgewerbes, einem gewissen Luca di Piero Borsi, der, um den Worten des Pietro da Verona, Leben zu verleihen, den anderen, oft fluchenden Verladearbeitern eine Strafe auferlegte. Mit dem durch die Strafen gesammelten Geld wurden einige "zane" erworben, große Körbe, die der Beförderung der Kranken dienten. Die Gesellschaft der Verladearbeiter wollte, als sie sich zur Bruderschaft vereinte, ihre Verehrung für die Mutter Gottes zum Ausdruck bringen und nannte sich "Santa Maria della Misericordia". Gründliche Geschichtsstudien bestätigen die Entstehung der Misericordia von Florenz genau an Christi Himmelfahrt des Jahres 1244. Das Predigen von Pietro da Verona hatte also Früchte getragen.

Bürger aller Gesellschaftsschichten traten den Barmherzigen Brüdern (Confraternita di Misericordia) bei. Sie trugen einen schwarzer Mantel

mit einer "buffa" (Kapuze), die über das Gesicht gezogen wurde, sowie Sandalen als Schuhwerk, um die Anonymität zu wahren.

Die Misericordia entstand, um den Bedürfnissen der schwächeren und hilflosen Personen dieser Zeit zu begegnen und, besonders, um die Armen zu bestatten, um die sich keiner kümmerte.

### Verbreitung

Neue Bruderschaften entstanden zuerst in der Umgebung von Florenz später in den Städten der Toskana, dann in ganz Italien und den verschiedensten Teilen der Welt. Sie folgten dem Beispiel der Misericordia von Florenz. Daher betrachtet unsere Tradition und unsere Geschichte die Misericordia von Florenz als die "Mutter" aller Misericordie.

Seit diesen weit zurückliegenden Tagen und durch die Jahrhunderte bis auf den heutigen Tag eilen die Ordensbrüder der Misericordia bei Not und Leid zu Hilfe, wobei sie aus dem Evangelium vom Geist der Nächstenliebe getragen werden. Auf dem langen Weg durch die Jahrhunderte sind die Misericordie dem großzügigen christlichen Gedanken gefolgt, "dass deine linke Hand nicht weiß, was die rechte tut".

Auch heute noch entstehen die Misericordie in kleinen oder großen Gemeinden, um den auftretenden Nöten einer Region zu begegnen. Sie werden von Personen gebildet, die sich dazu entschlossen haben, bei der Beseitigung der Missstände in erster Reihe zu stehen und dem Nächsten uneigennützig zu helfen, so wie es der "gute Samariter" tat, der dort stehen blieb, wo andere ohne Hilfe zu leisten weitergingen. Heute finden die Misericordie in dem Nationalen Bund (Confederazione Nazionale), der seinen Sitz in Florenz hat, die Hilfe und Unterstützung, die sie benötigen, sie lernen die Erfahrungen der älteren und größeren Vereine kennen und erhalten die erforderlichen Tipps und Ratschläge, um sich angebracht zu strukturieren und anzupassen.

### Prinzipien

Für alle sind die 14 Werke der Barmherzigkeit der Bezugspunkt: die sieben leiblichen Werke (Die Hungrigen speisen; Den Dürstenden zu trinken geben; Die Nackten bekleiden; Die Fremden aufnehmen; Die Kranken besuchen; Die Gefangenen besuchen; Die Toten begraben) und die sieben geisti-

gen Werke (Die Unwissenden lehren; Den Zweifelnden recht raten; Die Betrübten trösten; Die Sünder zurechtweisen; Die Lästigen geduldig ertragen; Denen, die uns beleidigen, gerne verzeihen; Für die Lebenden und die Toten beten).

Die Misericordia achten sehr auf die geistliche Tradition diese "Werke", da sie davon überzeugt sind, dass sie der ehrenamtlichen Tätigkeit der Brüder und Schwestern ein "gewisses Etwas" hinzufügen.

Das "Dokument mit den Rechten der Freiwilligenarbeit" legt in seinen Grundprinzipien dar, dass der "ehrenamtliche Helfer eine Person ist, die nach der Erfüllung ihrer Bürgerpflichten ihre Zeit und Fähigkeiten anderen, der zugehörigen Gemeinschaft oder der gesamten Menschheit zur Verfügung stellt. Er ist frei und unentgeltlich tätig, wobei er den Bedürfnissen der Empfänger seiner Tätigkeiten kreative und wirksame Antworten entgegenstellt und zur Realisierung des Gemeinwohls beiträgt". Dies ist das Prinzip, das für jede Person gilt, die in irgendeinem Verein ehrenamtlich tätig sein möchte. Für die Brüder der Misericordia gilt noch etwas mehr, es ist die Motivation, die aus dem Glauben stammt. Papst Johannes Paul II. hat das so zum Ausdruck gebracht: "Ihr seid Förderer und Befürworter der Kultur der Liebe, ihr seid glaubhafte Zeugen der Kultur der Barmherzigkeit".

Für unsere Bewegung bedeutet Fördern nicht nur, auf die Bedürfnisse zu achten, sondern alle Umsicht walten zu lassen, um konkret eingreifen zu können. Es bedeutet ferner, kreativ zu sein, Ideen zu haben, zu überzeugen, zu beweisen, Mut zu haben, jedoch auch, Demut zu haben, und auf einige Vorrechte verzichten zu können. Befürworter sein, bedeutet, alle Initiativen für die Lösung von Problemen, die die Gesellschaft zum Ausdruck bringt, in die Praxis umzusetzen. Tatsächlich entsteht jeder Verein in seinem Territorium, um auf die auftretenden Bedürfnisse einwirken zu können. Auf die Gesundheit eines jeden Bürgers mit der Realisierung der ersten Krankenhäuser, dem Rettungsdienst mit Krankenwagen, die heutzutage wahre Reanimationsräume sind, mit der Schaffung von Poliambulatorien für die Pflege und Heilung von Krankheiten, mit der Assistenz für Behinderte und Senioren durch Pflege- und Altenheime, mit Katastrophenschutz und Zi-

vilschutzgruppen, die in jeder Misericordia anwesend und aktiv sind.

Schließlich bedeutet es für uns, mit dem täglichen Engagement im Alltag von der evangelischen Inspiration Zeugnis zu geben. Vielleicht ist gerade dieses Zeugnis die schwerste Aufgabe, die den Misericordia zukommt. Das Zeugnis des Muts und der Authentizität, mit dem der Dienst am Nächsten erfüllt wird, und das den Einsatz der Brüder und der ehrenamtlichen Helfer aller unserer Bruderschaften kennzeichnen soll. "Es ist Zeit für ein neues Muster der Barmherzigkeit, das sich nicht nur in der Wirksamkeit der geleisteten Rettungsdienste entfaltet, sondern in der Fähigkeit, den leidenden Personen nahe zu stehen und solidarisch mit ihnen zu sein, sodass die Hilfestellung nicht nur als demütigende Gabe empfunden wird, sondern als eine brüderliche Teilung", so Johannes Paul II. in dem "Apostolischen Schreiben Novo Millennio Ineunte" 2001.

#### *Misericordia heute*

Derzeit gibt es mehr als 700 italienische Misericordia auf der gesamten Halbinsel. Zu ihnen gehören 670.000 Mitglieder, von denen etwa ein Viertel permanent mit der Ausführung der barmherzigen Werke beschäftigt ist (die sog. "aktiven" Brüder).

Der Nationale Bund der Misericordia Italiens (Confederazione Nazionale delle Misericordie d'Italia) gehört als Mitbegründer zur Europäischen Union der Misericordia, in der sie derzeit durch den Präsidenten des Nationalen Bunds den zweiten Vorsitz ausübt.

Es handelt sich hierbei um einen jungen Organismus, der vor kurzem formell gebildet wurde.

In Europa gibt es über 1.300 Misericordia so zum Beispiel in Armenien, Moldawien, Weißrussland, Fürstentum Monaco, Frankreich, Portugal, Georgien, Russland, Italien, Spanien, Litauen, Ukraine, Kosovo, Luxemburg, Deutschland, Belgien.

Die Misericordia in der Welt sind etwa 3.000, so auch in Brasilien, Mexiko, Sao Tomé, Osttimor, Argentinien, Tschad, Mozambique, Taiwan, Angola, Südafrika; Makao, Venezuela, Kanada.

*Gabriele Brunini, Präsident der Confederazione Nazionale delle Misericordie d'Italia*